

4865/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Brigitte Povysil  
und Kollegen  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend Katastrophenschutz

Am Beispiel der Explosion im Chemiepark Linz wurde die Tatsache bekannt, daß nur 8.000 von 211.000 Linzern vor Giftgaswolken in Schutzräume fliehen könnten. Dies sorgt nun, auch im Bewußtsein der grenznahen unsicheren Atomkraftwerke (AKW), für vermehrte Diskussionen. Die Schweiz hingegen bietet allen ihren Bürgern einen sicheren Platz zum Überleben vor Strahlen - oder Chemiekatastrophen. Auch die USA verfügen über Strahlen und Chemieschutzräume, welche in den diversen Bundesstaaten sogar baubehördlich vorgeschrieben sind.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher  
an den Herrn Bundeskanzler  
folgende

ANFRAGE:

1. Welcher Katastrophenplan am Beispiel der Stadt Linz ist vorgesehen, um den 211.000 Einwohnern im Fall einer Chemie - oder Strahlenkatastrophe sicheren Schutz zu gewähren?
2. Für wen sind die vorhandenen 8.000 Schutzmöglichkeiten (am Beispiel Linz) vorgesehen?
3. Was halten Sie von der Variante Tiefgaragen als Schutzräume, ähnlich wie im Bundesland Salzburg, auszubauen oder zu adaptieren?
4. Welche Art und welche Anzahl von Schutzeinrichtungen pro Landeshauptstadt gibt es? Für wieviele Menschen bieten diese Räume Schutz?
5. Welche Katastrophenpläne gibt es diesbezüglich, für welche Zwischenfälle?
6. Früher war z. B. in der Bauordnung für Oberösterreich der Bau eines Schutzraumes (mit geringen Fördermitteln) verpflichtend. Dies wurde wieder gestrichen. Wie sehen die Schutzeinrichtungen außerhalb von Ballungszentren aus? Welche Katastrophenpläne gibt es dort? Für welche Zwischenfälle?
7. Wie sehen die diesbezüglichen Regelungen in den Bundesländern aus?
8. Überleben heisst auch Essen: Welche Bevorratungsvorkehrungen für Lebensmittel gibt es für etwaige Katastrophenfälle?
9. Sind Ihnen Studien bekannt in wie fern aufgeklebte Plastikfolien vor den Fenstern von Wohnungen vor Giftstaub (und Strahlen?) effektiven Schutz bieten?
10. Wie sehen Sie das Thema Katastrophenschutz auf EU Ebene? Welche

Gemeinsamkeiten sehen Sie?

11. Welche weiteren Maßnahmen gedenken Sie zum Schutz der Bevölkerung einzuleiten?